

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:

Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis!

Liebe Genossinnen und Genossen,

nun sind sie vorbei die Kommunal- & Europawahlen. Es hat positive Überraschungen beispielsweise stellt die SPD in Friesenhagen erstmals den Ortsbürgermeister und erhält im Rat eine absolute Mehrheit. Aber es gab auch Enttäuschungen. Nichts desto weniger haben wir einen Wählerauftrag erhalten und werden diesen nun umsetzen.

Persönlich freue ich mich mit einem hervorragenden Ergebnis dem Altenkirchener Kreistag und erstmals dem Verbandsgemeinderat Hamm/Sieg anzugehören.

Dies stellt eine hervorragende Verknüpfung zu meiner Berliner Arbeit da.

Also- auf geht's! Herzlichst eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus Platz der Republik 1

11011 Berlin

Wahlkreis Betzdorf

Bahnhofstraße 19 57518 Betzdorf

Puderbach Mittelstraße 17 56305 Puderbach

(0 30) 22 77 74 32 Telefon: (0 30) 22 77 64 44 Fax: sabine.baetzing-lichtenthaeler

@bundestag.de

Telefon: (0 27 41) 2 54 54 (0 27 41) 2 74 61 Fax: sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02 @bundestag.de

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60 (0 26 84) 9 57 10 61 sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01 @bundestaq.de

Topthema

Bildung – Endlich kommen versprochene Investitionen!

Nun haben sich CDU, CSU und SPD auf die Verteilung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Bildungsinvestitionen in Höhe von sechs Milliarden Euro verständigt. Mit der Einigung werden neue Impulse des Bundes und der Länder in der Bildungsförderung möglich. Der Bund wird die Finanzierung des BAföG übernehmen und eine substanzielle Reform auf den Weg bringen.

Mit einer Änderung des Grundgesetzes schaffen wir die Voraussetzungen für den Einstieg des Bundes in die Grundfinanzierung der Hochschulen. Sechs Milliarden Euro für Bildung sind ein starker Impuls zur Verbesserung des deutschen Bildungssystems. Durch die Übernahme der Kosten für das BAföG durch den Bund werden die Länder bis 2017 um rund drei Milliarden Euro entlastet.

Diese Mittel werden die Länder in Kitas, Schulen und Hochschulen investieren. Mit der ebenfalls vereinbarten, substanziellen Novellierung und Modernisierung des BAföG wird der Bund die Lebens- und Studiensituation Tausender Studierender spürbar verbessern.

Das BAföG als sozialdemokratisches Erfolgsmodel für Chancengerechtigkeit startet damit in eine neue Phase. Mit der Finanzierung einer dritten Phase des Hochschulpaktes ist Vorsorge dafür getroffen, dass auch weiterhin all diejenigen, die ein Studium aufnehmen wollen, einen Studienplatz finden.

Diese Mittel werden wir auch dafür einsetzen, um beruflich Qualifizierten den Weg an die Hochschulen zu erleichtern, gute Lehre zu fördern sowie erfolgreiche Studienabschlüsse zu honorieren.

Die Änderung des Art. 91b des Grundgesetzes wird es dem Bund erlauben, verlässlich und dauerhaft in die Grundfinanzierung der Hochschulen einzusteigen.

Damit eröffnen wir Wege, um die bisherige Förderung im Rahmen des Hochschulpaktes sowie von Projekten aus der Exzellenzinitiative über neue Fördermodelle fortzuschreiben. Schülerinnen und Schüler, Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können darauf vertrauen. dass die Koalition bestehende finanzielle Spielräume nutzen wird, um Bildung und Wissenschaft in unserem Land langfristig und nachhaltig zu stärken.

International

Ukraine – Jetzt schnell stabile Verhältnisse schaffen!

Die Menschen in der Ukraine haben mit Ihrer Wahlbeteiligung und dem Wahlergebnis gezeigt, dass sie eine neue Ukraine wollen. Für eine endgültige Bewertung der Wahl bleibt der Bericht der OSZE abzuwarten. Das Wahlergebnis ist jedoch ein deutliches Zeichen hin zu grundsätzlicher Veränderung. Um schnell stabile politische Verhältnisse herbeizuführen, muss die umgebildet und zügig eine neue Verfassung verabschiedet werden.

Sehr zu begrüßen ist die Ankündigung des neu gewählten Staatspräsidenten Petro Poroschenko, noch in diesem Jahr Parlamentswahlen anzustreben. Insbesondere muss die in allen gesellschaftlichen Ebenen vorherrschende Korruption bekämpft und unterbunden werden. Dies ist entscheidend für die wirtschaftliche Perspektive der Ukraine, damit wieder Investitionen im Land stattfinden.

In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass sich die Jugend der Ukraine bereits im Herbst 2013 zum Maidan aufmachte, um gegen die Korruption und die Ausplünderung des Landes zu protestieren.

Auch die Oligarchen, die unter zweifelhaften Umständen Milliardenvermögen angehäuft haben, müssen ihren Beitrag zur finanziellen Stabilisierung des Landes leisten. Wir haben großen Respekt vor den Menschen im Osten und Süden der Ukraine, die sich nicht von den Separatisten haben abhalten lassen, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die gewaltsame Schließung von Wahllokalen und die Vernichtung von Wahlunterlagen durch Separatisten haben hunderttausende Menschen daran gehindert, ihr Wahlrecht auszuüben. Dies verurteilen wir aufs Schärfste. Wir fordern Russland auf, das Wahlergebnis - wie angekündigt - zu respektieren und ohne Vorbedingungen ukrainischen Führung zusammenzuarbeiten.

Unser besonderer Dank und unsere Anerkennung gelten in diesem Zusammenhang der klugen und ausbalancierten Politik unseres Außenministers Frank-Walter Steinmeier. Er hat mit seiner Haltung wesentlich dazu beigetragen, dass nach wie vor eine Chance besteht, den Ukraine-Konflikt friedlich zu lösen.



Ernährung und Landwirtschaft

Grünland – Da geht kein Quadratmeter mehr verloren!

Der Grünlandumbruch ist in Zukunft genehmigungs- und ausgleichspflichtig. Darüber wurde nun im Bundestag abgestimmt. Somit geht in Deutschland kein Quadratmeter Grünland mehr verloren.

Hier hat sich unsere Bundestagsfraktion bei der Umsetzung der europäischen Agrarpolitik in Deutschland erfolgreich durchgesetzt. Für den Grünlandschutz sind wichtige Punkte in den Verhandlungs-Kompromiss zum Direktzahlungen-Durchführungsgesetz aufgenommen worden, für die sich unsere Bundestagsfraktion erfolgreich eingesetzt hat. Dazu gehört der absolute Schutz von Dauergrünland innerhalb der besonders schützenswerten Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (FFH-Kulisse).

Somit geht in Zukunft in Deutschland kein Quadratmeter Grünland mehr verloren. Pflügen und Umbruch von Wiesen und Weiden in FFH-Gebieten sind künftig verboten. Außerhalb dieser Schutzgebiete kann Grünland nur mit einer Genehmigung umbrochen werden und nur unter der Maßgabe, dass entsprechender Ersatz geschaffen wird. Grünland ist unverzichtbar für Klima-, Boden-, Erosions- und Wasserschutz.

Es ist Lebensraum für viele bedrohte Pflanzen- und Tierarten. Der Grünlandanteil ist in Deutschland dramatisch zurückgegangen, in den vergangenen 20 Jahren um bundesweit insgesamt 650.000 Hektar. Ursächlich hierfür sind der Umbruch von Wiesen und Weiden und die Umwandlung in Ackerland.

Damit einhergehend nehmen die Bestände der Wiesenbrüter erheblich ab, die heute fast ausnahmslos auf der Roten Liste der bedrohten Tierarten geführt werden. Aus Sicht des Klimaschutzes ist auch der Umbruch von Mooren und Feuchtgebieten problematisch, da ein erheblicher Teil des im Boden gespeicherten Kohlenstoffs freigesetzt wird.

Unsere Bundestagsfraktion hat zudem ein zentrales Ziel erreicht, jährlich 4,5 Prozent der Direktzahlungen für die Jahre 2015 bis 2019 umzuschichten. Diese Mittel stehen den Bundesländern ab dem kommenden Jahr als zusätzliche Förderung für die ländliche Entwicklung inklusive Umweltschutzmaßnahmen und Biolandwirtschaft zur Verfügung. Das sind pro Jahr knapp 229 Millionen Euro und von 2015 bis 2019 insgesamt 1,1 Milliarden Euro.

Europa

Aserbaidschan – Europäische Standards einhalten!

Mit der Übernahme der Präsidentschaft im Europarat durch Aserbaidschan wird der Fokus jetzt automatisch auf dem Land liegen. Aserbaidschan muss beweisen, ob es gewillt ist, Fortschritte im eigenen Umgang mit den Menschenrechten zu machen. Ansonsten könnte es eine ziemlich ungemütliche Präsidentschaft werden. Der Europarat überwacht im Kern die Einhaltung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten.

Aserbaidschan verletzt die Standards des Europarats immer wieder. Mit demokratischen Standards hat beispielsweise der Umgang mit Journalisten und Oppositionellen nichts zu tun. Willkürliche Gefängnisstrafen sind keine Seltenheit. Erst jetzt wurde Aserbaidschan vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für die Verurteilung des Oppositionspolitikers Ilgar Mammadov verurteilt.

Die Proteste gegen das Vorgehen Aserbaidschans werden zunehmen. Das Verhalten ist nicht akzeptabel.

Bonbon

"Ich spiele gerne Fußball als Mittelstürmer, da kann ich auch mal brüllen."

(Jochen Cornelius Bundschuh, designierter ev. Landesbischof von Baden)

Im Rahmen der Auftaktveranstaltungen zur halbjährlichen Übernahme der Präsidentschaft im Europarat durch Aserbaidschan in Baku wurde jetzt dem französischen Kollegen die Einreise verweigert.

Das ist empörend und erinnert sehr an das Vorgehen gegenüber dem heutigen Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Christoph Strässer 2012 und muss vom Europarat sanktioniert werden.

Ausbildung

Berufliche Bildung – Zukunftsfest gestalten!

Aus dem jetzt beratenen Berufsbildungsbericht 2014 können wir klar den Handlungsbedarf ableiten, der nötig ist, um die berufliche Bildung im Sinne der Jugendlichen und der Wirtschaft zukunftsfest zu gestalten.

Dazu gehören nach Ansicht unserer Bundestagsfraktion die flächendeckende Einführung von Jugendberufsagenturen, die Entwicklung von Kernberufen sowie die besondere Förderung von jungen Frauen. Zur verbesserten Berufsorientierung sollen die Mittel um 10 Millionen Euro erhöht werden.

Zunächst dankt unsere Bundestagsfraktion den zahlreichen Betriebsräten. Dort, wo sie gemäß Betriebsverfassungsgesetz wirken, gelten nach aktuellen Untersuchungen bessere Qualitätsstandards. Weniger Azubis als aus Betrieben ohne Mitbestimmung wechseln nach Abschluss der Lehre das Unternehmen.

Unsere Anerkennung gilt auch den zahlreichen Ehrenamtlichen in den Prüfungsausschüssen der Kammern und im Handwerk. Ihr Engagement wollen wir unterstützen und stärken.

Unsere Bundestagsfraktion befürwortet die flächendeckende Einführung der Jugendberufsagenturen nach Hamburger Vorbild. Es kann nicht sein, dass der Verbleib von laut Berufsbildungsbericht rund 90.000 Jugendlichen nach der Schule unklar ist.

Sie würden durch Jugendberufsagenturen leichter in den regionalen Ausbildungsmarkt eingegliedert werden können. Für eine moderne Beruflichkeit müssen wir uns mehr auf die Ausgestaltung von breit gefächerten Kernberufen konzentrieren, als auf kleinteilige Spezialberufe. Die Neuordnung muss im Konsensprinzip zusammen mit den Gewerkschaften geschehen, um eine breite Umsetzung in den Betrieben zu gewährleisten.

Weiterhin steht die besondere Förderung von Frauen in den MINT-Berufen auf der Agenda. Statistiken zur geschlechterspezifischen Berufsverteilung zeigen, dass sich hier bisher wenig geändert hat. Bereits im Kindergarten und spätestens in der Schulzeit müssen Mädchen zu bisher typischen Männerberufen Zugang bekommen. Hier schließt sich eine zielgerichtete Berufsorientierung an, die im Rahmen der aktuellen Haushaltsaufstellung um 10 Millionen. Euro aufgestockt werden soll.

Termine		
30.05.14	19.30 Uhr	150 Jahre St. Sebastianus Schützenbruderschaft Kolpinghaus Waldbreitbach
31.05.14	17.00 Uhr	Türkische Gemeinde Fürthen
02.06.14	18.30 Uhr	Kreistagsfraktion Marktstube Wissen
04.06.14	19.00 Uhr	Sommerfest der SPD-Landesgruppe Landesvertretung RLP Berlin
05.06.14	ganztags	Teamklausur Betzdorf
06.06.14	ganztags	Teamklausur Betzdorf

ACHTUNG: Kursivgedruckte Termine sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.